

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856
Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

A. F. Kegler & Co., Papierhandlung, Rosmarinstraße 3, nahe Schlossstrasse.
Grosser Auswahl in **Plattfederhalter** bewährter Systeme, sowie Goldfedern für jede Hand passend.
Der Vorteil einer Goldfeder ist, dass sie sich selbst bei jahrelangem Gebrauch nicht abnutzt. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet. Reparaturen prompt und billig.
Gegründet 1885. • Fernsprecher 1652.

Kunzigen-Zarif.
Annahme von Anzeigen bis nachmittags 3 Uhr, Sonntags nur bis nachmittags 12 Uhr. Die einseitige Anzeigensätze (ca. 5 Zeilen) 20 Pf. Familien-Karrieren aus Dresden 20 Pf.; die zweifelhafte Seite auf 10 Pf. Die dreifelhafte Seite auf 15 Pf. — Zusätzliche Beiträge nach Vereinbarung. — Jedes Blatt kostet 10 Pf.

Berg- & Kohle-Verkehr
Die Reichsregierung hat beschlossen, die Eisenbahnen der Ostbahn zu verstaatlichen. Die Reichsregierung hat beschlossen, die Eisenbahnen der Ostbahn zu verstaatlichen. Die Reichsregierung hat beschlossen, die Eisenbahnen der Ostbahn zu verstaatlichen.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Spielwaren-Weihnachts-Ausstellung
B.A. MÜLLER K.S. HOFL.
DRESDEN - A. Pragerstraße 32

Interessante Neuheit!
Musik-Baukasten.
„Der kleine Tonssetzer“

Hüte jeder Art
Buchholz 21
nur Wettinerstr.

Photo-Apparate
in allen Preislagen.
Ausführlicher Einzelunterricht kostenlos.
Carl Plaul, Wallstraße 25.

Vernickeln und Schärfe von Schlittschuhen
Dresdner Vernickelungs-Anstalt **OTTO BUTTNER**, Falkenstrasse Nr. 1-3. • • • • • Fernsprecher Nr. 7359.

Für oilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Wechselnde Bewölkung, Niederschläge nicht ausgeschlossen.
Aus Anlaß des Vandiagschlusses fand gestern abend um 6 Uhr im Residenzschloße die Vandiagsstafel statt.
Die Seppelnwert wird im kommenden Jahresjahr zwölf Luftschiffe bauen, von denen eins für den lächlichen Touristenverkehr der „Delag“, eins für die Marine und zehn für das Heer bestimmt sind.
Sämtliche deutschen Kolonien in Afrika erklärten sich gegen die Zulassung der Missionen.
Der bairische Ministerpräsident kündigte eine Regierungsvorlage an, die zur Aufhebung der Regentenschaft führen soll.
Die württembergischen Landtagswahlen endeten mit sieben Mandatsverlusten der liberalen Parteien.
Der Medizinerstreik an der Universität Halle wurde beigelegt; er endete mit dem Siege der Klinikerschaft.
Der Hamburger Senat nahm eine Vorlage an, nach der eine Universität mit einer juristischen, einer philosophischen und einer kolonialwissenschaftlichen Fakultät errichtet werden soll.
Die Frankfurter Universität kann wegen notwendiger Neubauten vor 1915 nicht eröffnet werden; die künftige Genehmigung dürfte jedoch bald erfolgen.
Gut unterrichtete Kreise in Belgrad behaupten, daß zwischen Oesterreich und Serbien ein allgemeines Einverständnis erzielt wurde.
In Montenegro macht sich, nach einer Nachricht aus Belgrad, eine Bewegung gegen die Regierung und die Dynastie bemerkbar.
In Portugal herrschen zwischen den Parteien so erulte Fervorwürfe, daß man einen blutigen Konflikt befürchtet.

Die Politik Rumäniens.

Von besonderer Seite wird uns aus Wien geschrieben: Ein kleiner Staat wie Rumänien, der nicht immer ganz auf eigene Faust Politik treiben kann, sondern oft gezwungen ist, sich an Stärkere anzuschließen, steht immer wieder vor dem schwierigen Entschluß, ob und wessen Partei er ergreifen soll. Denn eine dauernde Bindungslose Gefolgschaft würde den Verlust auf jede Selbständigkeit und die Erlangung eigener Vorteile bedeuten; hierbei würde der kleinere Staat meist nur die Gefahren des Großen, nicht aber seine Ertragschaften teilen. Es kann sogar vorkommen, daß er von dem Großen geopfert wird. Die jeweilige Wahl der Partei ist schwierig, und die Geschichte erzählt von Staaten, die dabei kein Glück hatten, und — um einen drastischen Vergleich zu gebrauchen — wie der Hund im Regenschub stets am falschen Plabe handten. Wir kennen aber auch Beispiele dafür, daß es einem kleinen Staat unter geschickter Führung gelang, den Hauptkämpfen aus den Feindschaften der Großen zu leben und die ausschlaggebende Rolle des Jünglings an der Wage zu spielen. Sehr gut verstand es Kurfürst Moriz von Sachsen, seinen Bestand gegen den Schmalkaldischen Bund dem mächtigen Karl V. wertvoll erscheinen zu lassen, und erst auf Seiten des Kaisers und dann auf der Seite seiner Gegner Vorteile für sein Land zu erlangen. Zum Nutzen seines kleinen Landes operierte auch der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg geschickt zwischen Polen und Schweden.
Auch König Karl, der seit einem halben Jahrhundert Rumänien regiert, hat bisher das Staatschiff geschickt an den Klippen der Orientalpolitik vorbeigeführt. Während des russisch-türkischen Krieges 1877/78 ließ er sich vom Zaren erst wiederholt um seine Unterstützung bitten, um noch während des Krieges gegen den Willen Russlands die Unabhängigkeit seines Landes zu erklären. Allerdings mußte er dann beim Friedensschluß von San Stefano die Unabhängigkeit Russlands erfahren. Rumänien wurde nicht einmal zu den Friedensverhandlungen zugelassen und mußte Bessarabien als Entgelt für die Erwerbung der Dobrußcha an Russland abtreten. Diese Erfahrung hat den König dazu bestimmt, seither eine Anlehnung an Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu suchen. Das gute Verhältnis zu diesen beiden Großmächten hat dem Lande bisher Nutzen gebracht und gute Beziehungen Rumäniens zur Türkei erleichtert. Rumänien betrachtet sich, als nördlich der Donau gelegen, nicht als einen Balkanstaat. Es hat sich stets von der gegen

die türkische Regierung gerichteten Agitation der Balkanvölker in Mazedonien ferngehalten. Durch seine Beziehungen zu Abdul Hamid war König Karl in der Lage, das Los der Mazedonier zu einem leidlichen zu gestalten. Rumänien hat stets eine friedliche Politik getrieben und ist gemeinsam mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn so lange als möglich für die Erhaltung des Statusquo auf dem Balkan eingetreten.

Durch den Ausbruch des Balkankrieges und die damit herbeigeführte Aenderung des Statusquo wurde die Regierung König Karls vor schwierige Erwägungen gestellt. Rumänien darf nicht zulassen, daß eine Aenderung des Gleichgewichts auf dem Balkan sich in dem Sinne vollzieht, daß die Balkanstaaten, insbesondere das benachbarte Bulgarien, sich vergrößern, ohne daß auch Rumänien einen Wachstumsnachteil erfährt. Es mußte sich deshalb die Frage vorlegen, ob es nicht angezeigt sei, Bulgarien während des Krieges, womöglich noch ehe es einen Sieg errungen hätte, anzugreifen und sich durch Besetzung bulgarischer Gebiete ein Pfand für die späteren Friedensverhandlungen zu sichern. Es hat auch nicht an Stimmen in Rumänien gefehlt, die darauf hinwiesen, daß ein größeres Bulgarien eine Gefahr für das Land werden könne. Rumänien hat aber Bulgarien nicht angegriffen und durch seine neutrale Haltung diesem und den anderen Balkanstaaten einen wertvollen Dienst geleistet. Es hofft jetzt, daß Bulgarien sich dafür dankbar erweisen und den Wunsch Rumäniens nach einer Grenzberichtigung südlich der unteren Donau erfüllen wird. Von einigen rumänischen Politikern wird das im Süden durch die Linie Rustschuk-Barna begrenzte Gebiet gefordert, andere wollen sich mit einer geringeren Landabtretung nördlich der Linie Silistria-Balschik, einschließlich Silistria, begnügen. Es wird sogar vorgeschlagen, eine Annexion an Bulgarien, das jetzt dringend Geld braucht, für die Gebietsabtretung zu zahlen. Außerdem verlangt Rumänien Garantien dafür, daß die Eigenart der in Pilep, Ohrida, Morina, Kistoria lebenden Stammverwandten Aukowalachen von den neuen Herren dieses Gebietes ebenso berücksichtigt werde, wie früher von den Türken unter Abdul Hamid. Rumänien glaubt, daß es nicht erst einer Revolution oder gar einer kriegerischen Aktion bedürfen wird, um die Erfüllung seiner Wünsche durchzusetzen. Es hat sich dem Bestreben Oesterreich-Ungarns angeschlossen, den Balkankrieg zu lokalisieren und die eigenen Interessen erst zum Schluß auf friedlichem Wege zur Geltung zu bringen. Es rechnet insoweit auf die Unterstützung seiner Wünsche durch Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

In Rumänien sind in letzter Zeit Stimmen laut geworden, welche die dreibundfreundliche Politik König Karls tadelten. Die Blätter „Adverul“ und „Unversul“ haben erklärt, Rumänien hätte sich dem Balkanbunde anschließen, für die Befreiung der Mazedonier kämpfen und an der Teilung der türkischen Beute teilnehmen sollen. Rumänien solle vom Dreibunde abtrüben und sich an Russland anlehnen. Es solle seine Blide nach Ungarn und der Bukowina richten, wo rumänische Brüder unter Habsburger Herrschaft leben, und nach dem Beispiele Bulgariens ein Großrumänien anstreben. König Karl hat diesen Aufregungen gegen Oesterreich-Ungarn, die auch in der französischen Presse ein Echo fanden, ebenso wenig Gehör geschenkt, wie der Aufforderung, Bulgarien zu überfallen.

Der König von Rumänien hat in letzter Zeit wichtige Besuche erhalten. Der bulgarische Sobranjepäsident Danew ist in offizieller Mission erschienen, um die Wünsche Rumäniens zur Kenntnis zu nehmen. General Konrad v. Högendorff ist im Auftrage des Kaisers Franz Joseph nach Bukarest gekommen, und kürzlich hat Großfürst Nikolaus Michailowitsch im Auftrage des Zaren dem König den russischen Feldmarschallsstab in Erinnerung an die gemeinsamen Siege der russischen und der rumänischen Waffen überreicht. Diese Ehrung ist um so auffällender, als sie erst 35 Jahre nach den Ereignissen von Wiena erfolgt.

Diese Vorgänge zeigen, welche Bedeutung man der Haltung Rumäniens beilegt. In der Tat ist die rumänische Armee ein wichtiger Faktor im Orient. Oesterreich-Ungarn hofft, daß die Wünsche Rumäniens berücksichtigt werden; es würde einen Konflikt zwischen Rumänien und Bulgarien, dem es ebenfalls wohlwill, liebhaft bedauern. Rumänien hat gebeten, in den Fragen, die es

unmittelbar berühren, zur Londoner Botschafterreunion zugelassen zu werden. Oesterreich-Ungarn und Deutschland haben diesen Wunsch nachdrücklich unterstützt und damit Rumänien einen Dienst geleistet, der ihm wiederum das Vorurteil seiner Anlehnung an den Dreibund beweist.

Bedenkliche Lage in Montenegro.

Antidynastische Bewegung in Montenegro.
Die „Südslawische Korrr.“ meldet aus Belgrad: An informierter Stelle sind hier verlässliche Nachrichten aus Montenegro eingetroffen, die von nicht unbedenklichen Stimmungen melden, die sich gegen die montenegrinische Regierung und gegen die Dynastie richten. Man schenkt diesen Nachrichten hier um so größere Aufmerksamkeit, als man mit Möglichkeiten rechnen zu müssen glaubt, die unter Umständen die Frage einer vereinigten Herrschaft über das Serbentum auf dem Balkan in greifbare Nähe rücken könnte. Die Lage in Montenegro ist infolge des wenig glücklichen Krieges schwerig geworden. Von den Truppen, die in einer Stärke von etwa 42000 Mann zum Kriegsbeginn geschickt worden waren, sind beinahe 6000 Mann gefallen, darunter viele Offiziere, die den besten Familien des Landes angehören. Die Zahl der Verwundeten und Kranken ist groß, und die wirtschaftlichen Folgen sind für das Land ernst, da eine Hungersnot droht. Die allgemeine Stimmung hat sich aber um so bedenklicher gestaltet, als das Hauptziel der ganzen Kriegsführung, der Fall von Sutar, nicht erreicht wurde, und die Aussichten, diese Stadt beim Friedensschlusse zu erhalten, jetzt geringer sind. Sutar, vielmehr zu dem als autonom an erklärenden Albanien geschlagen werden dürfte.

Griechenland und die Friedensverhandlungen.
„Adam“ in Konstantinopel erfährt angeblich von guter Seite, daß die türkische Regierung nur deshalb im letzten Augenblicke die Instruktionen, betreffend die Zulassung der griechischen Delegierten zu den Friedensverhandlungen, geändert habe, weil infolge des letzten Seeschlages die Lage sich derart verändert habe, daß auf die Forderung des Beitritts der Griechen zum Waffenstillstand habe verzichtet werden können.

Bei den Botschafterbesprechungen
In der „Tagl. Rundsch.“ zufolge, eine Verständigung darüber erzielt worden, daß Serbien einen territorialen Besitz am Adriatischen Meere nicht erhalten; dagegen soll Serbien für seine wirtschaftliche Betätigung ein neutraler Zugang zur Adria gewährt werden. Einzelheiten darüber werden noch festzusetzen sein, aber im Grundzuge ist eine Einigung erzielt.

Deutschland als Freund der Türkei.
Das Stambuler Blatt „Lasviri-Efikar“ stellt fest, daß nur Deutschland der Türkei in der jetzigen schwierigen Lage beistehe.

Zu der bevorstehenden Rede Poincaré.
Donnerstag abend wollte man in den Wandeltgängen der Pariser Kammer wissen, daß Herr Poincaré in seiner Mitteilung über den gegenwärtigen Stand der auswärtigen Angelegenheiten in der Kammer für heute nachmittags beruhigende Versicherungen erteilen wolle. Der Ministerpräsident habe gute Nachrichten vom Botschafter Cambon aus London empfangen und glaube persönlich an einen friedlichen Ausgleich der Gegensätze zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien. Der Vorschlag der Internationalisierung von San Giovanni di Medua und eines zu diesem Hafen führenden Landkreises durch Albanien sei vom Pariser italienischen Botschafter Titoni ansagegangen, vom italienischen Minister des Aeußeren di San Giuliano eifrig aufgenommen und dem Grafen Verhold empfohlen worden, und es scheine, daß dieser sich acient acient habe, ihm zuzukommen.

Bereitschaft der schwedischen Flotte.
Die schwedische Regierung hat beschlossen, die Mannschaften der Flotte bis auf weiteres im Dienste zu behalten. Die Zeitung „Aftonbladet“ erklärt, daß die Regierung im Hinblick auf die unsichere Lage wünsche, daß die Flotte zur Tatkraft bereit gehalten werde. — (Diese Stockholmer Auffassung steht im Widerspruch mit den beruhigenden Nachrichten, die Herr Poincaré empfangen haben soll. Red.)

Die neuesten Drahtberichte lauten:
Keine Demobilisierung in Oesterreich-Ungarn.
Berlin. (Priv.-Tel.) In der Meldung, es hätte eine Berliner Großbank von einer Wiener Großbank die Verständigung erhalten, daß bereits in den nächsten Tagen die Demobilisierung in Oesterreich-Ungarn erfolgen werde, wird aus Wien mitgeteilt: Aus Galizien sind allerdings Reservisten in die Heimat zurückgeführt, aber

Hofmann, Heiter & Co., Dresden-A.,
Weine und Spirituosen, 21.